

V-09 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Annka Esser u.a. (KV Tempelhof-Schöneberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Weitere Anträge

1 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

2 Zusammenfassung

3 Frauen*¹ sind weltweit am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen, obwohl sie
4 durchschnittlich für weniger Treibhausgas-Emissionen verantwortlich sind als Männer*.
5 Gleichzeitig sind sie an Entscheidungen zur Bekämpfung der Klimakrise weniger beteiligt,
6 werden von aktuell geplanten Maßnahmen stärker belastet und von Kompensationen weniger stark
7 entlastet. So führt die Klimakrise dazu, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern
8 weiter verschärft wird. Um dem entschieden gegenzusteuern, ist es unerlässlich, die Fragen
9 nach Klimaschutz und Klimagerechtigkeit immer auch im Zusammenhang mit
10 Geschlechtergerechtigkeit zu stellen.

11 Wir stecken in der größten Krise der Menschheit. Spätestens bei 2 °C globaler Erderwärmung
12 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit werden Kipppunkte erreicht, die Kettenreaktionen
13 anstoßen, bei denen nicht mehr vorhergesagt werden kann, welche unumkehrbaren Folgen dies
14 für uns hat. Wir zerstören mit unserer aktuellen Lebensweise die Lebensgrundlage von
15 Menschen und Tieren. Trotz dieser Lage werden Emissionsgrenzwerte, die auf der
16 Klimakonferenz in Paris 2015 vereinbart wurden, leichtsinnig von einem Großteil der
17 Entscheidungsträger*innen ignoriert.

18 Ursachen der Klimakrise, patriarchale Strukturen und toxische Männlichkeit

19 Männer* haben im Durchschnitt einen größeren CO₂-Abdruck als Frauen*. Sie haben einen
20 höheren Stromverbrauch, einen höheren Fleischkonsum sowie ein klimaschädigeres
21 Mobilitätsverhalten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Männer* meist über höheres
22 Einkommen verfügen (Stichwort Gender Pay Gap) und dieses oft in ein als besonders "männlich"
23 inszeniertes (Konsum)Verhalten stecken, welches gleichzeitig besonders klimaschädlich ist.
24 Hinzu kommt, dass Frauen* dagegen insgesamt ein höheres Umweltbewusstsein haben und eher
25 dazu bereit sind, ihr Konsumverhalten zugunsten von Klima- und Umweltschutz einzuschränken.
26 So essen sie häufiger vegetarisch oder vegan und haben emissionsärmere Mobilitätsmuster.

27 Männer* profitieren in größerem Maße als Frauen* durch ihr Arbeiten und Wirtschaften und dem
28 dabei erwirtschafteten Einkommen und Vermögen von klimaschädlichen Industrien.
29 Energieerzeugung, Industrie, Verkehr, Gebäudewirtschaft und industrielle Landwirtschaft sind
30 für den Großteil des menschengemachten Klimawandels verantwortlich. Gerade in diesen
31 Branchen arbeiten und entscheiden überproportional viele Männer*.

32 Frauen* sind besonders von den Folgen der Klimakrise betroffen

33 Die Klimakrise verschärft bestehende soziale Ungleichheit. So sind bereits benachteiligte
34 Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise Menschen mit niedrigem Einkommen, Frauen* und Kinder
35 sowie Menschen im Globalen Süden maßgeblich stärker von den Folgen des Klimawandels
36 betroffen. Sie verfügen zudem über weniger Mittel sich zu davor schützen.

37 Frauen* verfügen durchschnittlich über ein geringeres Einkommen und somit über weniger
38 Ressourcen, um sich heute und zukünftig an die Herausforderungen einer sich erheizenden Welt
39 anpassen zu können. Dazu gehören unter anderem Schutzmaßnahmen vor Hitze und
40 Extremwetterereignissen, steigende Wasserpreise oder der Schutz vor Krankheiten, die sich
41 infolge der Klimakrise stärker verbreiten.

42 Bei Umweltkatastrophen sterben oft bis zu viermal mehr Frauen*, weil sie sich häufiger zu
43 Hause aufhalten, wo es keine Frühwarnsysteme gibt, weil sie oft nicht nur für sich selbst
44 verantwortlich sind, sondern auch für weitere Personen wie Kinder oder ältere Verwandte oder
45 weil sie nicht schwimmen lernen durften. In Gegenden mit großer Trockenheit und mangelhafter
46 Infrastruktur führen längere Wasserwege dazu, dass zuallererst Mädchen* keine Bildung mehr
47 genießen dürfen.

48 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sind von männlichen* Perspektiven geprägt
49 Trotz der stärkeren Betroffenheit werden Frauen* oft nicht oder nur in geringem Maß in
50 Entscheidungsprozesse über Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen eingebunden. Dabei sind es
51 oft Frauen*, die sich in vorderster Reihe für Klima- und Umweltschutz einsetzen. Als
52 Beispiel seien indigene Frauen* genannt, die im Kampf gegen die fossile Energiewirtschaft
53 sogar tödliche Repressionen in Kauf nehmen.

54 Männer* sind in Gremien auf allen politischen Ebenen, in denen über Klimaschutz- und
55 Anpassungsmaßnahmen entschieden wird, stark überrepräsentiert. So hatten beispielsweise im
56 September 2015 bei Ratifizierung des PariserKlimaabkommens nur 18 von 193 Staaten (9,3
57 Prozent) eine Frau* als Regierungschefin im Amt. Das im März 2019 von der Bundesregierung
58 eingesetzte Klimakabinett zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030 bestand nur zu einem
59 Drittel aus Frauen*. Auch im Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz des Berliner
60 Abgeordnetenhaus sind lediglich vier von 22 Mitgliedern weiblich*. Der Vorsitzende des
61 Ausschusses sowie sein Stellvertreter sind beide männlich*.

62 Die ständige Unterrepräsentation von Frauen* in klimapolitischen Entscheidungsgremien hat
63 maßgebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen und führt dazu, dass
64 männliche* Perspektiven durchweg stärker berücksichtigt werden.

65 Einfach die bestehenden Entscheidungsgremien mit mindestens 50 Prozent mit Frauen* zu
66 besetzen, reicht nicht aus. Menschliche Bedürfnisse werden derzeit überwiegend aus einem
67 männlich* geprägten markt- und konsumorientierten Wohlstandsmodell abgeleitet. Wir brauchen
68 jedoch eine von kapitalistischen Denkmustern entkoppelte Analyse menschlicher Bedürfnisse.
69 Perspektiven von Frauen* müssen daher bei allen Maßnahmen systematisch analysiert und
70 berücksichtigt werden. Neben dem Geschlecht müssen weitere Merkmale struktureller
71 Diskriminierungen in den Blick genommen werden.

72 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen drohen bestehende Ungerechtigkeiten zu verschärfen

73 Werden die Entscheidungen im Zusammenhang mit der Klimakrise aus Geschlechterperspektive
74 betrachtet, ist festzustellen, dass sich hier bestehende Ungerechtigkeiten wiederfinden und
75 größer zu werden drohen. Klimapolitische Maßnahmen, die auf die Reduzierung von
76 Haushaltsemissionen abzielen, benachteiligen Frauen*. Rentner*innen oder Alleinerziehende,
77 beides Gruppen in denen Frauen* besonders stark vertreten sind, werden etwa durch Erhöhungen
78 der EEG-Umlage (Erneuerbare Energien Gesetz) überproportional belastet.

79 Geschlechtergerechter sind entsprechend Maßnahmen, die auf die Reduzierung der Emissionen im
80 Verkehrssektor abzielen. In genau diesem Bereich geschah bisher jedoch am wenigsten für den
81 Klimaschutz. Im Gegenteil, von Förder- und Ausgleichsmaßnahmen, die derzeit im
82 Verkehrssektor durchgeführt werden und geplant sind, profitieren abermals überproportional
83 Männer*.

84 Eine E-Autoförderung kommt zum Beispiel vor allem Menschen zugute, die sich ein E-Auto
85 überhaupt leisten können. Statistisch sind das gehäuft weiße Akademiker*. Die aktuell durch
86 die Bundesregierung vorgeschlagene Erhöhung der Pendler*innenpauschale als Ausgleich zum
87 CO₂-Preis ist ein weiteres Beispiel. Hiervon werden überwiegend Autopendler*innen mit
88 höherem Einkommen und solche, die in einem Normalarbeitsverhältnis angestellt sind,

89 profitieren. Auch dies sind deutlich überproportional häufig Männer*. Maßnahmen, die das
90 Umweltbundesamt für Genderwirkungen in der Klimaschutzpolitik als besonders entscheidend
91 ansieht, wurden dagegen in den vergangenen Jahrzehnten vollkommen vernachlässigt. Zu nennen
92 wäre hier beispielhaft der Ausbau von Infrastruktur und Service im öffentlichen Verkehr, im
93 Fuß- und Radverkehr, begleitet von Maßnahmen zur Reduktion des motorisierten
94 Individualverkehrs.

95 Eine weitere Folge männlich* geprägter Entscheidungen über Klimaschutz- und
96 Anpassungsmaßnahmen zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt. Ein Großteil der Arbeitsstellen, die
97 durch Klimaanpassung neu entstehen und gefördert werden, fällt in Sektoren an, die von
98 Männern* dominiert werden.

99 Geschlechtergerechtigkeit bedeutet Klimaschutz

100 Eine weniger männer*zentrierte Klimapolitik ist nicht nur als gleichstellungspolitischen
101 Gründen dringend notwendig. Sie ist auch deutlich effizienter und wirksamer. Kommunen mit
102 einem hohen Wert beim Genderbewusstsein haben in Untersuchungen auch die höchste Punktzahl
103 bei der Bewertung ihrer Klimapolitik erhalten. Wenn nur männliche* Perspektiven in
104 Entscheidungsprozesse einfließen, werden Tätigkeiten, die eher männlich* konnotiert sind,
105 stärker berücksichtigt und gefördert. Um die Klimakrise als Gesellschaft zu bekämpfen,
106 können wir es uns nicht leisten die Ideen und die Tatkraft der Hälfte der Gesellschaft zu
107 ignorieren. Die weitreichenden Maßnahmen, die zur Eindämmung der Klimakrise umgesetzt werden
108 müssen, bieten gleichzeitig die Chance, bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern
109 systematisch anzugehen und gute wirksame Klimaschutzpolitik umzusetzen. Deshalb brauchen wir
110 dringend eine feministische Klimapolitik!

111 Daher fordern wir:

112 1. Aus Geschlechtergerechtigkeitperspektive müssen wir alles dafür tun, damit die 1,5°C
113 Grenze nicht überschritten wird!

114 2. Auf Bezirks-, Landes- wie auf Bundesebene setzen wir uns für den geschlechtergerechten
115 Klimavorbehalt ein. Eine Zustimmung zu Gesetzesvorhaben darf nur noch gegeben werden, wenn
116 dies erfolgt ist.

117 3. Frauen* müssen gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen über Klimaschutz- und
118 Anpassungsmaßnahmen beteiligt werden. Deshalb müssen klimapolitische Entscheidungs- und
119 Beratungsgremien wie Klimaschutzbeauftragte und Klimabeirat auf allen Ebenen
120 geschlechtergerecht besetzt werden. Die Senatsverwaltungen für Umwelt, Verkehr und Klima
121 sowie für Stadtentwicklung und Wohnen sollen im ersten Schritt vorbildhaft sämtliche
122 Führungspositionen paritätisch besetzen und paritätisch in Bundesebenen entsenden.

123 4. Im Bundesrat soll darauf hingewirkt werden, dass alle Maßnahmen, die auf Bundesebene zum
124 Zweck des Klimaschutzes beschlossen werden sollen, auf Geschlechtergerechtigkeit geprüft und
125 bei Bedarf angepasst werden. Maßnahmen, die eindeutig Frauen* benachteiligen, kann nicht
126 zugestimmt werden.

127 5. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting müssen im Umweltbereich konsequenter umgesetzt
128 werden. Bestehende klima- und umweltwirksame Politik muss systematisch auf
129 Geschlechtergerechtigkeit geprüft und falls nötig angepasst werden. Bei zukünftigen
130 Entscheidungen im Zusammenhang mit Klimaschutz müssen Analysemethoden zu Genderaspekten
131 wie
132 Gender Impact Assessment, sozio-ökonomische Szenario-Analysen und Expert*innenbefragungen
133 verpflichtend werden. Es müssen effektive Kontroll- und Sanktionsmechanismen eingeführt
werden. Das Controlling muss von einer unabhängigen Stelle durchgeführt werden. Sämtliche

134 Verwaltungsmitarbeiter*innen müssen langfristig und fortwährend geschult werden. Bei
135 Beteiligungsprozessen ist darauf zu achten, dass durch entsprechende Ansprache und
136 Einbindung alle Geschlechter eingebunden werden.

137 6. Auf allen politischen Ebenen setzen wir uns für eine konsequente Einpreisung von umwelt-
138 und klimaschädlichem Verhalten sowie die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher
139 Subventionen ein. Dazu gehören zuvorderst die Einführung einer angemessenen CO2-Steuer auf
140 Bundesebene für die wir uns aus Berlin einsetzen und eine Prüfung von Subventionen des
141 Landes Berlin auf ihre Geschlechtergerechtigkeit.

142 7. Umwelt- und klimaschonendes Verhalten soll verstärkt gefördert werden. Beispiele hierfür
143 sind die Förderung von Unternehmensmodellen wie Second Hand und Wiederverwertung, die
144 Förderung von energiesparendem Verhalten, klimaschonender Ernährung und Mobilitätsverhalten
145 sowie eine Ausweitung von städtischen Angeboten an Share Produkten.

146 8. Berlin soll sich ihrer Verantwortung für die Klimakrise bekennen. Allen Menschen, die auf
147 Grund unserer Lebensweise ihr Zuhause verlieren, sollen durch den Klimapass Asyl in Berlin
148 bekommen. Der Klimapass für Berlin soll dabei vorrangig an Frauen* und ihre Familien
149 vergeben werden.

Begründung

Anmerkung:

1. Frauen*: Frauen* und Männer* sind gesellschaftlich festgelegte Kategorien. Wir benutzen den Genderstar um darauf aufmerksam zu machen und klarzustellen, dass wir die Personen als Frauen* oder Männer* ansehen, die sich als solche identifizieren. Auch wenn die Kategorien nicht naturgegeben sind, sind sie trotzdem oft soziale Realität. Wir werden zu Frauen* oder Männer* erzogen und dementsprechend unterschiedlich behandelt. Da wir in diesem Antrag auf strukturelle Diskriminierung von Frauen*/Weiblichkeit aufmerksam machen wollen, sprechen wir in unserem Antrag vor allem von Frauen*. Wir wollen mit dieser Schreibweise explizit nicht ausdrücken, dass das Wort "Frauen" nicht alle Menschen beschreibt, die ihr Geschlecht so beschreiben.

Antragsteller*innen:

Johanna Braun (LAG Frauen* und Gender, KV Berlin-Kreisfrei), Lisa Maria Eckart (KV Neukölln), Julia Dittmann (LAG Frauen* und Gender, KV Berlin-Kreisfrei), Swantje May (KV Neukölln), Julia Maria Sonnenburg (LAG Frauen* und Gender, KV Berlin-Kreisfrei)